

ROJA KURDISTANÊ

SONNE KURDISTANS

Nr. 2, April-Juni 1994, Vierteljahreszeitschrift

DM 2.-



FLÜCHTLINGE IM EIGENEN LAND

HEYVA SOR A KURDISTANÊ

(KURDISCHER ROTER HALBMOND)

Editorial

Mit der Vierteljahreszeitschrift **will HEYVA SOR A KURDISTANÊ (HSK)** regelmäßig über den Krieg in Kurdistan und seine Auswirkungen auf die Menschen berichten. Sie will die Öffentlichkeit mit den Zielen und Arbeitsbereichen des HSK bekannt machen und die Spender und Spenderinnen über die Hilfsprojekte des HSK in Kurdistan informieren.

Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Selbstdarstellung des HEYVA SOR A KURDISTANÊ
 - KURDISTAN: Flüchtlinge im eigenen Land
 - Systematische Dorfzerstörung und Massenvertreibung
 - Über 1.400 Dörfer zerstört - über 2 Millionen Menschen vertrieben
- BILANZ des Krieges in Nordwest-Kurdistan: April bis 23. Juni 1994
- Setzen türkische Sicherheitskräfte C-Waffen in Nordwest-Kurdistan ein?
 - Die Zahl der Minenopfer in Nordwest-Kurdistan steigt
- Bundesweites Treffen der Menschenrechtsdelegationen am 4. Juni 1994 in Frankfurt
 - Beobachtung des Newrozfestes und der Kommunalwahlen in Nordwest-Kurdistan
 - Auswertung und Ausschau

HEYVA SOR A KURDISTANÊ

(Kurdischer Roter Halbmond)

In der Stehle 26

53 547 Kasbach-Ohlenberg

Tel: 02644/88 91

FAX: 02644/78 45

Bankverbindung:

Sparkasse Bochum, Konto Nr.: 44 00 453, BLZ: 430 500 01

HEYVA SOR A KURDISTANÊ ist seit dem 15. Dezember 1993 vom Finanzamt Bochum-Mitte unter der Steuernummer 306 116 7366 vorläufig für 18 Monate als gemeinnützige und mildtätige Körperschaft im Sinne der §§ 51ff. AO anerkannt und gehört zu den in § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG bezeichneten Körperschaften. Spenden an unseren Verein sind im Sinne des § 9 Nr. 3 EStG abzugsfähig.

Vorwort

Die vergangenen Monate April, Mai und Juni sind wohl die schönsten Monate des Jahres. Die Menschen versuchen diese Zeit zu genießen; den Menschen in Kurdistan aber ist Glück und Frieden verwehrt. Sie haben in dieser Zeit nur die härtesten Seiten des Lebens erfahren: Massaker, Zerstörung ihrer Dörfer und Vertreibung.

Genau in diesen Monaten erklärte Ministerpräsidentin Ciller mit ihrer Kriegsparole "wir werden sie sowieso vernichten" unverhohlen die Verschärfung des Krieges gegen das kurdische Volk. Generalstabschef Dogan Güres stieß mit seiner Äußerung "jeder, der ihnen hilft, macht sich schuldig" ganz offen eine Drohung gegen das ganze kurdische Volk aus. Nach dieser Übereinkunft zwischen der politischen Spitze der Türkei und den Militärs ging der türkische Staat mit geballter Kraft gegen das Volk vor. Verluste innerhalb der türkischen Armee werden mit Rachefeldzügen gegen die Zivilbevölkerung kaschiert. Massenmorde sind aus ihrer Sicht ein geeignetes Mittel zur Vernichtung des Volkes. Es gehört zum Alltag, daß Häuser, ja ganze Dörfer dem Erdboden gleich gemacht werden, offene und verdeckte Hinrichtungen vollzogen und massenhaft Menschen in die ohnehin völlig überfüllten Gefängnisse gesteckt werden.

Täglich werden 30 Menschen getötet. Die Zahl der Verletzten, Festgenommenen und Gefolterten kann garnicht richtig geschätzt werden. Der türkische Staat führt einen erbarmungslosen Krieg gegen das kurdische Volk. In dem Städte-Dreieck Kulp-Lice-Genc wurden so viele Menschen getötet, daß die Presse diese Region als "Mord-Dreieck" bezeichnete. Innerhalb von 25 Tagen sind hier 30 Menschen ermordet worden, 88 Personen sind nach ihrer Festnahme verschwunden. Bei diesen Zahlenangaben muß stark davon ausgegangen werden, daß die tatsächlichen Zahlen wesentlich höher liegen, da nicht immer alle Vorfälle an die Öffentlichkeit gelangen.

Legale Organisationen, Institutionen und die Presse werden reihenweise vom Staat verboten und können so ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Durch diese Maßnahmen ist es zum Beispiel den Menschenrechtsvereinen oder der Tageszeitung Özgür Ülke unmöglich, ihrer Arbeit nachzugehen. Das Verbot der Partei DEP ist das jüngste Beispiel des türkischen Demokratieverständnisses. Gewählte Repräsentanten und Repräsentantinnen des Volkes werden einfach zu Straftätern erklärt.

Kurz gefaßt heißt dies, den Menschen in Kurdistan droht ständig der Tod. Das kurdische Volk wurde vom türkischen Staat zu einem einzigen Angriffsziel erklärt. Wenn Ministerpräsidentin Ciller in aller Öffentlichkeit verlautbart, sie habe eine Liste derjenigen, die die "Terroristen" unterstützen, und von ihr diese zum Abschluß freigegeben werden, dann erhält man eine Vorstellung, welches Ausmaß der noch immer "verschwiegene" Krieg in Nordwest-Kurdistan erreicht hat.

Der türkische Staat setzt in diesem Krieg Kampfflugzeuge, Panzer und nach sich immer mehr verdichtenden Hinweisen sogar chemische Waffen ein, z.B. laut Bericht des D Kanals-TV vom 20. Juni 1994. Das Geld, das für diesen Krieg ausgegeben wird, entspricht der Höhe des Gesamthaushaltes der Türkischen Republik. Die Menschen in Kurdistan, das ganze Land ist der gnadenlosen Zerstörung ausgesetzt. Große Gebiete des Landesinneren sind vermint. Den Menschen ist es unmöglich, Ackerbau und Viehzucht zu betreiben. Ihre Lebensgrundlagen werden systematisch zerstört. Sie können nicht einmal mehr in "ruhigere" Gegenden fliehen. Nirgendwo, auch nicht in der Westtürkei, sind sie vor der staatlichen Verfolgung sicher. Dem Volk wird in allen Bereichen ein unermeßlicher Schaden zugefügt, von den psychischen Verletzungen, Schäden und Langzeitfolgen ganz zu schweigen.

In dieser lebensbedrohenden Lage bleibt den Menschen nur dies: Entweder sie bekennen sich zu dem Staat, der ihnen durch so viele Grausamkeiten begegnet, oder sie müssen mit dem Tod rechnen. Nicht einmal die Flucht garantiert ihnen Sicherheit.

Es ist hinreichend bekannt, daß zwei Millionen Kurden und Kurdinnen in ihrer eigenen Heimat zu Flüchtlingen wurden. Die Einwohnerzahl von Diyarbakir hat sich inzwischen verdreifacht. Heute leben

dort über 1,5 Millionen Menschen, die meisten unter erbärmlichen und menschenunwürdigen Bedingungen in den Elendsvierteln am Stadtrand. In den meisten Großstädten Kurdistans oder der Westtürkei herrscht eine ähnliche Situation. Die Zahl der Flüchtlinge steigt von Tag zu Tag.

In den letzten Monaten ist es zu einem weiteren schrecklichen Ereignis gekommen. Allein aus einigen Gegenden des Botan-Gebietes sind 35.000 Menschen vor der Verfolgung des türkischen Staates nach Süd-Kurdistan geflüchtet. Der Provinzgouverneur Ünal Erkan drohte den Flüchtlingen ganz offen: "Falls ihr nicht zurückkommt und nicht das tut, was wir euch anordnen, werdet ihr so enden wie viele der Terroristen." Dieser Drohung verschafft man durch ständige Bombardierung der Dörfer Vollzug.

Somit leben hunderttausende Menschen, besonders die Flüchtlinge in Süd-Kurdistan, unter erbärmlichen Verhältnissen. Sie brauchen dringend unsere Hilfe. Die militärischen Auseinandersetzungen in Süd-Kurdistan zwischen der PUK und der KDP haben die Situation der Flüchtlinge dort zusätzlich erschwert. HEYVA SOR A KURDISTANÊ arbeitet eng mit der in Süd-Kurdistan ansässigen Stiftung DJAK (Organisation für das Leben und den Aufbau Kurdistans) zusammen, um diesen in äußerster Not geratenen Menschen zu helfen.

Unsere Organisation will das Flüchtlingselend in Kurdistan an die Öffentlichkeit bringen. Unsere Erwartung richtet sich an alle humanitären Organisationen, an die Nicht-Regierungsorganisationen und die internationalen Institutionen gleichermaßen, und an alle Menschen, die den Flüchtlingen helfen wollen.

Das kurdische Volk braucht Hilfe.



Flüchtlingsdrama in Süd-Kurdistan: 1994

Selbstdarstellung des HEYVA SOR A KURDISTANÊ

Um die Not der Bevölkerung in Kurdistan zu lindern, wurde die Gründung des **HEYVA SOR A KURDISTANÊ (HSK)** notwendig. Die Arbeit des HSK orientiert sich an den Grundsätzen, der Zielsetzung und der Aufgabenstellung des "Internationalen Komitees vom Roten Kreuz" in Genf. Der HSK arbeitet überparteilich und macht keinen Unterschied zwischen Staatsangehörigkeit, Rasse, Religion, Geschlecht, sozialer Stellung und politischer Zugehörigkeit. Das Volk Kurdistans gehört zu den Völkern, das dringend auf Unterstützung durch Hilfsprojekte im medizinischen und sozialen Bereich angewiesen ist. Kurdistan ist auf vier Länder aufgeteilt und brutaler Unterdrückung ausgesetzt. Bis heute blieben internationale Proteste gegen die Vernichtung des kurdischen Volkes aus. Bis heute wird den Menschen in Kurdistan das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben verweigert.

Besonders dramatisch ist heute die Situation in Nordkurdistan, wo Unterdrückung und Massaker durch den türkischen Staat "barbarische" Formen angenommen haben. Seit 1978 wird unter dem Deckmantel des Ausnahmezustands in Kurdistan Krieg geführt. Der Konflikt hat sich derart verschärft, so daß die Zivilbevölkerung immer mehr zur Zielscheibe militärischer Angriffe wird. Mit aller Härte betreibt das türkische Militär die Strategie der "verbrannten Erde". Hunderte Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht und die Bewohner und Bewohnerinnen vertrieben. Dem Jahresbericht der Menschenrechtsvereine (IHD) zufolge wurden allein 1993 über 900 Dörfer zerstört. Das Ergebnis bedeutet etwa 2 Millionen Inlandsflüchtlinge (weltweit geht man von etwa 20 Millionen Flüchtlingen aus): Verjagte, Bedrohte, Gefolterte, Inhaftierte. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit findet ein Völkermord statt, der bislang von keinem Staat geächtet wurde.

Der HSK ist aufgrund der schrecklichen Folgen des Krieges ohne Unterstützung nicht imstande, den in Not geratenen Menschen in Kurdistan zu helfen und bittet deshalb dringend um Ihre Mithilfe und Spenden zur Durchführung unserer Hilfsprojekte.

Seit unserer Gründung im März 1993 versucht der HSK mit begrenzten Mitteln zum Überleben von Menschen in Kurdistan beizutragen. Die bisherige Hilfe reicht aber bei weitem nicht aus. Zunächst

haben wir mit notleidenden Menschen in Kurdistan Kontakt aufgenommen, die dann bei uns offiziell Hilfe beantragen konnten. Bislang sind bei uns etwa 400 Anträge auf Unterstützung aus Kurdistan eingegangen. Leider konnten wir aber nur die Hälfte unterstützen, und das auch nur unregelmäßig. Es sind über 35 Millionen Menschen in allen Teilen Kurdistans und in den Großstädten; die Mehrzahl ist auf Hilfe angewiesen.

Humanitäre Hilfsprojekte des HEYVA SOR A KURDISTANÊ

- *Hilfe für Waisen und notleidende Kinder im Krieg*
- *Hilfe für den Aufbau von Gesundheitsstationen und Krankenhäusern (zur Zeit in Hewlêr)*
- *Hilfe für Inlandsflüchtlinge in Kurdistan*

Der HSK wurde bislang in fünf europäischen Ländern - Frankreich, Schweden, Schweiz, Holland und Deutschland - gegründet. Im Laufe des Jahres soll der HSK auch in anderen Ländern Europas durch Arbeitsgruppen vertreten werden.

Der HSK hat mit verschiedenen Institutionen wie Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen Kontakt aufgenommen, die einer Erweiterung und Vertiefung bedürfen. In Kurdistan und der Türkei halten wir ständigen Kontakt mit den Menschenrechtsvereinen (IHD), Gewerkschaften (Egit-Sen, Saglik-Sen u.a.) oder der Organisation für den Aufbau Kurdistans (DJAK), damit die Hilfe die betroffenen Menschen erreichen kann. Unser Ziel ist es, die bisherigen Kontakte zu festigen und gemeinsam mit Projektpartnern wie humanitäre Organisationen weitere Hilfsprojekte für Kurdistan zu entwickeln und zu realisieren. Angesichts dessen, daß in Kurdistan weit über 1.000 Dörfer zerstört und entvölkert sind, 2 Millionen Menschen im eigenen Land auf der Flucht sind, tausende von Menschen inhaftiert sind und gefoltert werden, viele ermordet werden und hunderte verletzt und behindert sind, ruft der HEYVA SOR A KURDISTANÊ Hilfsorganisationen, Ärzteorganisationen und -initiativen, Gesundheitsläden, Ärzte, Pflegepersonal, Kirchen und alle Menschen auf, den durch den Krieg in Kurdistan in Not geratenen, verletzten und behinderten Menschen zu helfen.

KURDISTAN: FLÜCHTLINGE IM EIGENEN LAND

Systematische Dorfzerstörung und Massenvertreibung Über 1.400 Dörfer zerstört - über 2 Millionen Menschen vertrieben

Der Krieg in Kurdistan hat sich in den letzten zwei Jahren drastisch verschärft. Immer stärker gerät die Zivilbevölkerung in die Schußlinie des türkischen Militärs. Ohne Einschreiten der internationalen Völkergemeinschaft betreibt der türkische Staat die Strategie der systematischen und flächendeckenden Politik der "verbrannten Erde". Das Ergebnis ist erschreckend. In den letzten beiden Jahren wurden über 1.400 Dörfer in Schutt und Asche gelegt. Für das Jahr 1993 stellt der IHD-Jahresbericht die Zerstörung und Entvölkerung von 923 Dörfern fest. Von Januar bis Ende Mai 1994 wurden über 400 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. (Özgür Ülke, 18.6.1994).

Die Bilanz der völlig oder teilweise zerstörten Dörfer und Siedlungen vom 1. Mai bis 23. Juni 1994:

Batman

Becirman, Dersewan, Berzana, Mala Merge, Ceme, Mirate, Kelhesna, Gundenu, Tirac, Kelhesna, Izdare, Irmese, Nibexse, Bidawra, Heriv, Tahtika

Bingöl

Karzel, Havtuk, Ezgler, Lehesari, Siyere, Vengesor, Tiz, Sergewlik, Tiryar, Riz, Satos, Arxat, Pecar, Hajika, Jer, Hajika Jor, Norsin, Bleom, Elmiro, Koso, Yaxmuk, Yedesimat, Kusiya, Yizmanos, Xerbegez, Misware, Saxuk, Sinat, Gelbe, Mirdarik, Herkin, Prons, Yizgino, Avdos

Bitlis

Uranis, Kut, Kirtvan, Histus, Oihok, Engeso, Inzan, Sem, Ez, Best, Pars, Kurtikan, Ardas, Tasuh, Pasvaks, Hirit, Gulpik, Weras, Koyunlu, Halapur, Telever, Sirinsar, Kanyakevir

Dersim

Caltug, Kozluca, Birkutepe, Sögütlü, Topuzlu, Cevizdere, Karaks

Diyarbakir

Licok, Zenge, Simso, Dirlik, Kefan, Derxwest, Birnemeyran, Asagi, Ekro, Yukari Ekro, Fis, Engül, Balicne, Firdews, Hüseyinik, Saklat, Yurik, Kocero, Yowse, Zara, Gomak, Cicikan, Ugrak, Sise, Cinezur, Hermiyet, Hewre, Celke, Birik, Yacek, Yeserdi, Resik, Mereli, Yortik, Didar, Kurtsan, Cirika, Golmaz, Kerpik, Bozmar, Tujo, Cumare, Kurucay, Xana, Kele, Combelas, Bamitne, Derkom, Kiledar, Puneyan, Multik, Wartuk, Adrok, Zirgti, Kefan, Kiran, Simsor, Engul, Geduk, Hedif, Mizak, Koca, Vedera, Ehro, Nercik, Girurdi, Koceka, Yucak, Agackusus, Tepecik, Hopa, Hamzah, Sirer, Dyika Gundika, Haci, Cerkez, Herse, Semrag, Gundi-kemelebrahim

Hakkari

Gise, hesin, Sate, Tiyar, Berderes, Gübbe, Hilot, Saglox, Piskesel, Yelkan, Berisa, Gumüslü, Yüce,

Karasu, Taslik, Dergiman, Orta Direk, Derecik, Gülluce, Benekli, Doganli, Kandil, Cimenli, Gecimli, Giredina, Sarp, Kucurkköy, Seryan, Kest, Yayladeresi, Igdeli, Zerikli, Rezek, Yukar, Piricuken, Cumme, Unlüce, Genisdere, Kinik, Melate, Bilecan, Talisan, German, Kinyanis, Heset, Sereseva, Celtik, Destan, Hare, Hiyanis, Rekusk, Rubur, Tale, Kehe, Baze, Letan

Mardin

Vergili, Yirbeleke, Avine, Sivritepe, Yirbesil, Sanlik, Giresor, Mixat, Yirbekepilo, Yaydere

Mus

Nordin, Azaxpur, Sehalan, Kuruk, Beuzer, Kocyigit, Sagiran, Dugriuk, Kasiman, Ömeran, Karapazari, Caneseran, Se, Qemeran, Civarik, Kuzük, Tirko, Zengen, Bitkan, Gulika Jori

Siirt

Erse, Net, Serxeta, Hesinda, Birdara, Gundik, Kesex, Tuneqpinar, Deravüt, Mile, Nit, Emke, Kurtikay, Sisil, Aval, Welate, Bikate, Sergate, Tanze, Aynkesr, Terhem

Sirnak

Basret, Mijin, Siris, Kis, Kadun, Ziravik, Siwet, Delokan, Kalig, Nerweh, Bileh, Nevav, Nerex, Ripin, Nire, Mergah, Bejen, Robozik, Kikor, Deleka, Repin, Hilale, Kollik, Zirweke, Zewiyan, Roboski, Mejin, Suwet, Rolge, Rewenga, Ewel, Alos, Besuke, Beave, Gewer, Qerne, Destala, Bane, Botiyane, Kanires, Eurek, Sepren, Sulaf, Serka, Sax, Hebles, Kulfena, Besere, Kanyares, Evre, Beyar

Urfa

Arinik

Van

Xumar, Saminis, Ferxinis, Ting

Kars

Tuta, Jurin, Qavesor, Mestaf, Boriska, Gewreser, Tut a Jerin, Tut a Jorin

Durch diese Vertreibungspolitik des türkischen Staates wurden fast zwei Millionen Menschen zu "Inlandsflüchtlingen". Die Menschen fliehen in Massen vor den Bombardierungen des türkischen Militärs und der staatlichen Verfolgung. Sie suchen Schutz in den Slumvierteln der Großstädte Kurdistans und in den Metropolen der Westtürkei. Dort leben sie unter menschenunwürdigen Bedingungen. Glück haben diejenigen, die in einer festen Behausung in einem der Gecekonduviertel untergekommen sind, d.h. in Rohbauten, bei denen lediglich die Außenmauern stehen, Fenster und Türen aus Plastikplanen und das Dach aus Wellblech sind. Die Häuser sind nicht an das Stromnetz angeschlossen, die sanitären Bedingungen sind verheerend, die Gefahr von Seuchen ist stets vorhanden. Es werden immer mehr, deren Behausung nur aus einer Plastikfolie besteht, die ihnen Schutz vor Kälte und Nässe bietet.

Medico international gab im März d.J. die Broschüre "Innenansichten eines schmutzigen Krieges" heraus. Am Beispiel der Großstadt Adana recherchierte Marion Werner detailliert die Situation der Kurdinnen und Kurden, die in dieser Stadt ihren Zufluchtsort sehen. "Der Muhtar (Ortsvorsteher) von Daglioglu/Adana teilte uns mit, daß er davon ausgehe, daß pro Tag zwischen 10 und 15 Familien aus den zerstörten Gegenden Kurdistans kommen. Die DEP in Adana schätzt, daß allein in den letzten ein bis eineinhalb Jahren ca 300.000 aus den kurdischen Siedlungsgebieten vertriebene Menschen neu zugewandert sind." (S. 20)

Eine alte Flüchtlingsfrau aus Hazro/Diyarbakir beschreibt ihre Fluchtgründe:

"Wir hatten ein kleines Haus in unserem Dorf. Das Leben war zwar hart. Wir waren arm. Aber wir haben in Würde gelebt. Die Leute im Dorf weigerten sich, Dorfschützer zu werden und gegen ihr eigenes Volk vorzugehen. Unser Haus wurde zweimal niedergerissen. Beim ersten Mal nur zum Teil. Meinen Sohn haben sie mitgenommen und gefoltert. Sie haben eine Flüssigkeit in unser Haus gefüllt, ich weiß nicht was, und es dann angezündet. Das ganze Vieh, das es im Dorf gab, ist getötet worden. Ich habe gesehen, wie das kleine Kind unseres Nachbarn weggelaufen ist aus Angst vor den Soldaten. Sie sind hinterhergelaufen, haben es zurückgeholt, an den Füßen genommen und in das brennende Haus geworfen. So ist es gestorben. Das werde ich nie vergessen. Wir sind dort weg, weil ich meinen Sohn retten wollte." (S. 21)

Aber auch in Adana sind die Flüchtlinge nicht vor der staatlichen Repression sicher. Razzien, Massenverhaftungen und Folter gibt es auch hier. Der Unterschied zur vorherigen Lage in Kurdistan besteht nach Ansicht eines Flüchtlingsmädchens darin: *"Hier kommen sie nicht jeden Tag und sie können nicht aus der Luft angreifen. Das ist alles. Ökonomisch ist es noch schlechter, weil wir hier nichts mehr haben, während wir früher noch einen Garten, ein kleines Feld oder Vieh hatten."* (S. 22)

Die Vertreibungspolitik des türkischen Staates macht auch nicht mehr halt vor größeren Städten. Als Beispiel sei hier die an der Grenze zu Syrien gelegene Stadt Cizre genannt. Die Stadt gleicht in großen Teilen einer "Geisterstadt". Am 5.1.1994 schreibt die Tageszeitung Özgür Gündem, daß infolge eines Angriffes etwa 10.000 Menschen aus der Stadt geflohen sind. In den verlassenen Stadtvierteln wurden über 4.000 Dorfschützer angesiedelt.

Völkermord am kurdischen Volk

Mit ihrer massiven und flächendeckenden Strategie der Dorfzerstörung und Vertreibung verfolgt der türkische Staat eine Politik des Völkermordes gegen das kurdische Volk. Massaker, Strafaktionen gegen die Dorfbevölkerung, Verschleppungen, Ermordungen durch Todesschwadronen, Liquidierung kurdischer Menschenrechtler, Politiker, Journalisten und Schriftsteller, Folter, Massenverhaftungen und der verstärkte Einsatz von Minen gegen die Zivilbevölkerung im Landesinneren liefern weitere Beweise für diesen Vorwurf.

In der 1948 verabschiedeten "Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wird in Artikel II der Begriff des "Völkermordes, ob im Frieden oder im Krieg begangen", allgemein bestimmt. Danach bedeutet "Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen sind, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb einer Gruppe gerichtet sind;
- e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe."

Erneut Massenflucht

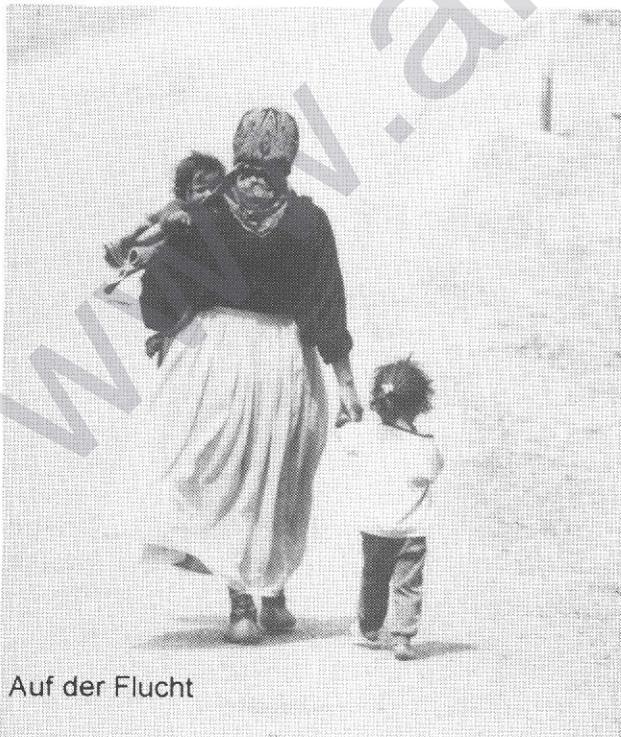
Seit Anfang März 1994 bewegt sich ein Flüchtlingsstrom aus dem Botangebiet in Nordwest-Kurdistan über die Grenze nach Süd-Kurdistan. Die Zahl der Flüchtlinge ist auf über 35.000 angestiegen. Die Menschen fliehen vor den jüngsten Militäroffensiven des türkischen Staates.

In der deutschen Öffentlichkeit ist diese erneute Massenflucht kaum bekannt, da die deutschen Medien bislang nur wenig darüber berichtet haben. HEYVA SOR A KURDISTANÊ liegt der Bericht der DEP-Delegation vor, die sich vom 16. bis 24. Mai in den Flüchtlingslagern nahe der Grenze in den Städten Zaxo, Duhok und in den ländlichen Gebieten aufhielt. Als weitere Informationsquellen über die Lage der Flüchtlinge dienen die Tageszeitung Özgür Ülke, Berichte der IHD-Delegation, die zwischen dem 13. und 16. Juni gemeinsam mit ausländischen Beobachtern und Beobachterinnen in die Flüchtlingsgebiete reiste, und ein Bericht der Organisation für das Leben und den Aufbau Kurdistan (DJAK), die ihren Sitz in Süd-Kurdistan hat und ein "Hilfskomitee für Flüchtlinge" gegründet hat.

Lage der Flüchtlinge in Süd-Kurdistan

Die Flüchtlinge kommen aus den Städten Siirt, Eruh, Sirkak, Cizre, Silopi, Uludere, Betüssebab, Cukurca und den umliegenden Dörfern. Der größte Teil lebt jetzt in den ländlichen Gebieten von Zaxo und Derkar. Dies sind die Dörfer Tilkeber, Hizawe, Bireh, Cimeh, Darozan und Qesrok. Sehr wenige Flüchtlinge leben im Landesinneren wie in Duhok.

Sowohl die Fluchtwege, z.B. über die Berge Sineht und Zerkan, als auch die Zufluchtsorte sind vor Bombardierungen durch das türkische Militär nicht sicher. Immer wieder kommt es zu Luftangriffen auf die Flüchtlinge. Der DEP-Bericht stellt dazu fest: "Während des Grenzübergangs in das irakische Kurdistan wurden Menschen getötet und entstand Sachschaden bei Flüchtlingen." Die genaue Zahl der Getöteten und Verletzten ist noch nicht bekannt. Nach Aussagen des Rechtsanwalts Mahmut Serdar, der in dem von der DJAK gegründeten "Hilfskomitee für Flüchtlinge" mitarbeitet, leiden die Flüchtlinge nicht nur unter den katastrophalen Lebensbedingungen in den Lagern, sondern leben zusätzlich in ständiger Angst vor weiteren Angriffen. (Özgür Ülke, 5.5.1994)



Auf der Flucht

Notwendige Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge

In einem 6-Punkte-Katalog faßt die DEP-Delegation auf der Grundlage ihrer Recherchen in den Flüchtlingslagern die dringend notwendigen Maßnahmen zusammen:

1. Die Unterkunftsprobleme müssen gelöst werden.
2. Zur Verhütung der Seuchengefahr müssen Strom-, Trinkwasser- und Kanalisationsfragen gelöst werden.
3. Die Ernährungsprobleme müssen gelöst werden.
4. Die Schulprobleme der Kinder müssen gelöst werden.
5. Die Gesundheitsversorgung muß gewährleistet werden.
6. Es müssen internationale Kontakte zu Menschenrechts- und Hilfsorganisationen und den Vereinten Nationen aufgenommen werden, damit Hilfsprogramme gestartet werden.

Zum ersten Mal muß sich das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen mit der staatlichen Verfolgung und systematischen Massenvertreibung in Nordwest-Kurdistan auseinandersetzen da es sich dieses Mal um eine grenzüberschreitende Flucht handelt. Aber auch internationale Organisationen wie die KSZE, das Europaparlament, der Europarat, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und andere Organisationen müssen sich mit der Verfolgungspolitik des türkischen Staates beschäftigen. Nach unserem Kenntnisstand wurden immer noch keine Beschlüsse über dringend notwendige Sofort-Hilfsprogramme gefaßt. Die Vertriebenen werden noch immer unzureichend versorgt.

In dem Gespräch der IHD-Delegation mit dem Landrat von Zaxo, Muhammed Macit, stellte dieser fest: "Das Flüchtlingsproblem überfordert uns völlig, es hat eine internationale Dimension angenommen." (Özgür Ülke, 16.6.1994). Zu dieser Feststellung ist auch die DEP-Delegation gelangt: "Die Kurden im irakischen Teil solidarisieren sich mit den Flüchtlingen. Menschenrechtler und Künstler organisierten Solidaritätskomitees. Da die Bevölkerung in Süd-Kurdistan auch sehr arm ist, sind ihre Hilfsmöglichkeiten nicht ausreichend. Ferner hat der innere Konflikt die Aufmerksamkeit negativ beeinflusst." (Damit sind die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der KDP und PUK gemeint.) Die IHD-Delegation bereitet einen Bericht an die UNO und das IKRK vor, in dem sie diese zur Einleitung sofortiger Hilfsmaßnahmen auffordert.

Verzweiflung der Flüchtlinge: Hungerstreik

Seit dem 14.6.1994 sind 100 Flüchtlinge vor der UN-Vertretung in Zaxo in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um die Welt auf ihre Lage aufmerksam zu machen. In einem Gesuch an die UN-Vertreter fordern sie

- die Beendigung der Luftangriffe durch das türkische Militär auf die Flüchtlingslager,
- ihre Anerkennung als "Flüchtlinge" und eine dem entsprechende Behandlung,
- die Bekämpfung der Seuchengefahr,
- die Beendigung des Krieges zwischen dem türkischen Staat und der PKK
- einen sofortigen beiderseitigen Waffenstillstand und
- die friedliche und politische Lösung des Konflikts.

Der Hilferuf an die Vereinten Nationen endet mit dem verzweifelten Satz: "Entweder werden unsere Forderungen angenommen oder unsere weißen Kleider werden unsere Leichentücher." (Özgür Gündem, 15.6.1994)

Die Fluchtgründe

Die offiziellen Verlautbarungen des türkischen Staates stellen die Fluchtgründe folgendermaßen dar: "Aufgrund der Unterdrückung durch die PKK sind unsere Bürger gezwungen, in den Nordirak zu fliehen." Die Flüchtlinge selbst benennen jedoch ganz andere Gründe. Ihre Antwort gegenüber der DEP-Delegation:

Ein Bauer aus dem Dorf Zirake (Inceler): (zw. 65 u. 70 J.):

"Ich heiße Osman, Sohn des Yusuf und komme aus Sirnak/Uludere, Zirake (Inceler). Wir Kurden haben untereinander keine Probleme. Warum sind wir geflohen? Wir sind vor der Unterdrückung des türkischen Staates geflohen. Ich erzähle euch aus meinem Dorf. Sie haben mit einer Kanone auf unser Dorf geschossen und 7 oder 8 Personen getötet. Danach kam der Militärkommandant aus Sirnak und rief mich und 70 andere Dorfbewohner zum Gespräch. Er sagte: 'Entweder werdet ihr Dorfschützer oder ihr müßt von hier verschwinden.' Er hat uns bedroht. Allah ist unser Zeuge. Wir sind vor der Unterdrückung und Folter des türkischen Staates geflohen. Wir sind alle zu Flüchtlingen geworden."

Ein Bauer aus dem Dorf Biluh (Isikveren) (zw. 30 und 35 J.):

"Wir sind ehrenhafte Menschen. Wir würden niemanden verleumden. Was hat der Staat gemacht? Der Staat stellt unsere Situation in der Welt so dar: 'Diese Bauern sind bewaffnet und die PKK hat sie zur Flucht gezwungen.' So hat der Staat gelogen. Sie haben Minen um unsere Dörfer gelegt. Unsere Kinder werden zum Krüppel. Ich schwöre bei meinem Gewissen, sie haben unsere Dörfer angegriffen. ... Wir wollen in unsere Dörfer zurückkehren und ein menschenwürdiges Leben führen. Wir wollen zurückkehren, aber ohne Unterdrückung leben."



DIE FLÜCHTLINGE IN KURDISTAN BRAUCHEN DRINGEND IHRE HILFE!

S P E N D E N A U F R U F

HEYVA SOR A KURDISTANÊ ruft alle internationalen Organisationen, nicht-staatlichen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen und alle hilfsbereiten Menschen auf, den Flüchtlingen zu helfen.

Dieser Aufruf erfolgt in Zusammenarbeit mit der Hilfsorganisation medico international.

Spenden erbittet HEYVA SOR A KURDISTANÊ auf folgendes Konto:

Sparkasse Bochum • Kto-Nr. 44 00 453 • BLZ 430 500 01

HEYVA SOR A KURDISTANÊ ist als gemeinnützige und mildtätige Körperschaft anerkannt. Auf Wunsch stellen wir für Spenden über 100,-DM Spendenbescheinigungen aus.

BILANZ des Krieges in Nordwest-Kurdistan: April bis 23. Juni 1994

- 81 Menschen wurden durch Todesschwadronen getötet.
- 36 Menschen wurden durch Todesschwadronen verletzt.
- 43 Menschen wurden durch Exekutionen und Folter getötet.
- 54 Menschen wurden bei Angriffen des Militärs und der Polizei getötet.
- 47 Menschen wurden durch Minen- und Bombenexplosionen getötet.
- 39 Menschen wurden durch Minen- und Bombenexplosionen verletzt.
- 60 Menschen wurden verschleppt und getötet.
- 201 Menschen werden seit ihrer Festnahme vermißt.
- 385 Dörfer wurden völlig bzw. teilweise zerstört oder entvölkert.

Setzen türkische Sicherheitskräfte C-Waffen im Krieg in Nordwest-Kurdistan ein?

Von Zeit zu Zeit tauchen seit Kriegsbeginn vor 10 Jahren immer wieder Hinweise auf, daß das türkische Militär Napalmbomben und andere chemische Waffen im Krieg, insbesondere gegen Angehörige der Nationalen Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), in Nordwest-Kurdistan einsetzt. Diese Hinweise haben sich im letzten Jahr verdichtet. Am 17. Mai 1994 erklärte der Generalstabschef Dogan Güres vor der Presse in Diyarbakir: "Der Staat hat noch sehr viele Mittel, die er noch nicht angewendet hat. Wenn es nötig sein wird, werden wir sie auch einsetzen." (Özgür Ülke, 19.5.1994)

Menschenrechtler und demokratische Organisationen interpretieren diese Drohung als Indiz, daß damit nur der Einsatz von C-Waffen gemeint sein kann, da die türkische Armee in den letzten beiden Jahren alle möglichen Waffen zur Zerstörung von über 1.400 Dörfern bereits benutzt hat. Die Äußerung des Generalstabschefs löste eine heftige Welle des Protests bei den demokratischen Organisationen in der Türkei aus. So fragte z.B. Remzi Kartal, Stellvertretender Vorsitzender der inzwischen verbotenen Partei der Demokratie (DEP), offen: "Welche Mittel sind es, die der Staat noch nicht eingesetzt hat?" Ercan Kanar, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins (IHD)

in Istanbul: "Es werden eindeutig Vorbereitungen für solche Angriffe getroffen, die zu Massenmord und Genozid führen."

Die in London ansässige Organisation "Menschenrechtsprojekt Kurdistan" (KHPR - Kurdistan Human Rights Project) nahm einen konkreten Fall zum Anlaß für Recherchen. Am 30. Juli 1993 kamen infolge einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Regierungstruppen und der ARGK im Nurhak Gebirge zwischen Maras und Malatya 19 Angehörige der ARGK ums Leben. Es wurde von verschiedenen Seiten sehr stark der Verdacht gehegt, daß die Opfer durch Napalmbomben oder andere aus der Luft abgeworfenen chemischen Substanzen getötet worden waren.

So berichtete die Tageszeitung Özgür Gündem am 8. August 1993, daß chemische Waffen eingesetzt worden sein müssen, denn die Angehörigen waren von einem türkischen Militärvertreter massiv bedroht worden: "Ich werde in Pazarcik keinen Stein auf dem anderen lassen. Wenn ihr die Leichen fotografiert oder wenn ihr der Presse darüber berichtet, werde ich euch vernichten." Von einem Spezialteam wurden die Angehörigen daran gehindert, die Leichen abzuholen. Der Chef des Spezialteams schüchternete sie ein: "Wenn ihr die Leichen fotografiert, werden wir euer Dorf bis auf die Grundmauern niederreißen."

Die DEP informierte mit einem Brief per FAX das KHRP in London über die Ereignisse am 30. Juli 1993, den wir hier dokumentieren:

D.E.P. 9042304547
Demokrasi Partisi

Democracy Party
Necatibey Cad. No: 40
6-7. Kat 06140 ANKARA
Tel: 231 89 41
FAX: 230 45 17
3/9/1993

To the Kurdistan Human Rights Project

There is strong evidence to the effect that State forces used chemical weapons in the incident in which 19 PKK guerillas lost their lives as a result of a clash between guerillas and State forces in the Nurhak mountains on 30 July 1993.

The bodies were not identified by their families. Because the bodies were in an unrecognizable state. All bodies were in a burnt condition.

Curently, the area where the clash took place is blockaded by soldiers and special teams. Nobody at all is allowed to approach the region.

Permission is not being granted for a scientific inspection. Our colleagues wanted to take soil from the area for examination. They tried to arrest our colleagues.

Concern that the area of the clash is ruined and that chemical weapons were used is increasing. I present the case for your information.

Kemal OKUTAN
DEP Asst. Sec. Gen.

Das KHRP schickte am 18. September 1993 den Arzt Dr. Christopher Milroy nach Kurdistan, um eine Autopsie vorzunehmen. Nach seiner Rückkehr legte Dr. Milroy einen Bericht vor, dessen Ergebnisse wir hier präsentieren. Eine Untersuchung der Leichen war von den Staats- und Militärkräften verhindert worden. Die Untersuchungsergebnisse des Dr. Milroy stützen sich auf Zeugenaussagen und seiner eigenen Einschätzung über den Vorfall.

- Angehörige der Opfer berichteten, daß die Leichen bis zur Unkenntlichkeit verbrannt waren. Die Leichen waren in ein Massengrab geworfen worden, was gegen die traditionellen islamischen Begräbnis-Rituale steht. An keiner

der Leichen waren Schußspuren zu sehen, wie sie üblicherweise vorhanden sind. Daraus schließt Dr. Milroy, daß sie durch etwas anderes umgekommen sein müssen. Die Beschreibung der verbrannten Leichen legt für ihn nahe, daß Napalm eingesetzt worden sein kann. Für Dr. Milroy stellt sich die Frage nach den Ursachen, falls die Leichen erst später verbrannt worden seien.

- Die andere Frage Dr. Milroys ist, warum der türkische Staat eine Autopsie unterließ. Nur eine postmortale Untersuchung kann genaue Aufschlüsse über die Todesursache geben. Diese konnte er nicht vornehmen, weil sowohl für ihn als auch für die Dorfbewohner die Situation zu gefährlich war.

Auf der Grundlage der Recherchen von Dr. Milroy legte das KHRP der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Straßburg einen Bericht vor.

In einem Interview der Özgür Ülke, abgedruckt am 18. Mai 1994, mit dem ARGK-Kommandanten Cemil Bayik, äußerte sich dieser: "Gestern haben die Guerillas 15 Leichen von türkischen Soldaten gefunden. Sie waren verbrannt. Dies zeigt, daß C-Waffen eingesetzt werden. Manchmal hören wir die Funksprüche des Militärs ab. Auf englisch erhalten die türkischen Soldaten Order wie: 'Setzt solche Bomben dort

nicht ein, denn es befinden sich unsere Soldaten dort.'"

Am 8. Juni 1994 berichtet Özgür Ülke, daß möglicherweise bei der Militäroperation am 15. Mai in Bezar bei Adyaman C-Waffen eingesetzt worden sind. Dabei waren 26 unbewaffnete Menschen getötet worden. Bei 19 Leichen wurden keine Schußspuren festgestellt. Die

Bewohner der umliegenden Dörfer berichteten, daß sie an diesem Tag aufsteigenden Rauch wahrgenommen haben. Die Getöteten sind ükrüu Tore, Irfan Cintay, Yusuf Bozkus, Ferhat Bavan, Hüseyin İlhantar, Hüseyin Saritas, Hüseyin Karlıtas und 19 weitere Personen.

Auch wenn noch keine Beweise für den Einsatz von C-Waffen durch das türkische Militär vorliegen, so muß doch dem sich verdichtenden, äußerst besorgniserregenden Verdacht sorgfältig nachgegangen werden, denn der Einsatz von C-Waffen verstößt nicht nur gegen existierende internationale Gesetzeswerke, sondern gegen jegliches Verständnis von Menschlichkeit.

Die Zahl der Minenopfer in Nordwest-Kurdistan steigt

Lastwagen fuhr auf Mine auf: 2 Tote

Diyarbakir/Ülke: Auf dem Weg von Sirnak nach Cizre fuhr ein Lastwagen auf eine Mine. Durch die Explosion wurden 2 Menschen getötet und eine Person schwer verletzt.

Dieser Vorfall ereignete sich am 25. April gegen 14 Uhr. Durch die Explosion wurden sowohl der Fahrer, Abdülhadi Encu (60), als auch sein Beifahrer, Nehari Sak (50), getötet. Die Frau des Fahrers, Fatma Encu, wurde schwer verletzt. Ihre Bein- und Rippenbrüche werden im Krankenhaus von Diyarbakir behandelt. Fatma Encu beschreibt das Ereignis selbst folgendermaßen: "Vor kurzem ist eine uns nahestehende Person in Cizre gestorben. Zusammen mit unserem Verwandten Nehari sind wir mit unserem LKW zu einem Kondolenzbesuch aufgebrochen. Auf dem Weg von Sirnak nach Cizre ereignete sich bei Qesrik Bogaz eine Explosion. Danach kann ich mich an nichts mehr erinnern. Bei dieser Detonation sind mein Mann und unser Verwandter Nehari Sak ums Leben gekommen. Passanten haben mich zunächst nach Cizre und von dort nach Diyarbakir gebracht. Mein Mann ist gestorben. Was ich machen soll, weiß ich nicht. Bei wem soll ich mich beklagen, welchen Richter soll ich anrufen?" (Özgür Ülke, 30. April 1994)

Kann man sich denn angesichts solcher sich häufenden Nachrichten über Minenopfer in Nordwest-Kurdistan nicht freuen, wenn in der Frankfurter Rundschau vom 9. Juni 1994 unter der Überschrift "Exportverbot für Anti-Personen-Minen" zu lesen ist, daß das Bundeskabinett einen Tag zuvor ein dreijähriges Exportverbot des genannten Minentyps beschlossen hat! "Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) forderte andere Länder auf, sich dem Moratorium anzuschließen. Die Anti-Personen-Minen gehörten zu den Waffen, die besonders grausame Folgen haben könnten. Viele Zivilisten würden durch sie getötet oder verstümmelt." (FR)

Den Organisationen medico international (Frankfurt), Deutsche IPPNW-Sektion (Berlin), BU-KO-Kampagne: "Stoppt den Rüstungsexport" (Bremen), Rüstungsinformationsbüro (Baden-Württemberg), Kampagne "Produzieren für das Leben, Rüstungsexporte stoppen" (Idstein) und AG Landminenkampagne im Netzwerk Friedenskooperative, die sich zu der BUNDESWEITEN KAMPAGNE ZUM VERBOT DER MINENPRODUKTION zusammengeschlossen haben, geht das Exportverbot nicht weit genug. Sie forderten, daß nicht nur Export, sondern auch die Entwicklung und Anwen-

dung von Landminen verboten und die noch existierenden Minen vernichtet werden müßten.

Mittlerweile gibt es internationale Tendenzen, für die sich auch das IKRK einsetzt, eben nur die konventionellen Anti-Personen-Minen zu ächten, die modernen, hochwirksamen "intelligenten" Minen mit eingebautem Selbsterstörungsprogramm werden dabei aber völlig außer acht gelassen.

Der Minenbedarf der Türkei dürfte ohnehin längst und ausreichend gedeckt sein, so daß das deutsche Exportverbot ihr nicht sonderlich viel ausmachen wird. Seit 1964 sind Minenlieferungen ein wichtiger Bestandteil der alle 18 Monate von der Bundesrepublik Deutschland geleisteten Militärhilfe an die türkische Armee. Auch im Rahmen der NVA-Lieferungen zwischen Oktober 1991 und Januar 1992 waren sie im Programm. Bei den NVA-Lieferungen wurden 2.500 Minensuchgeräte des Typs KMIS und ein Minensuchgerät des Typs KPZT/55, die zum Minenlegen eingesetzt werden können, an den Bündnispartner geschickt.

Solange sich nicht alle minenliefernden Länder dem Exportstopp anschließen, wird nicht nur die Türkei keine nennenswerten Nachschubprobleme für Minen haben.

Seit etwa 1987 greift das türkische Militär in dem Krieg in Kurdistan immer stärker zur Verminung des Landes. Gebiete um folgende Städte sind besonders betroffen: Van, Hakkari, Mus, Antep, Bitlis, Mardin, Sirtak, Siirt, Batman und Diyarbakir. Beschränkte sich die Verminung bis dahin noch vornehmlich auf die Grenzstreifen, so werden jetzt ganze Gebiete im Landesinneren vermint. Minen sind kostengünstig herstellbar, einfach zu beschaf

fen, leicht transportierbar, einfach zu handhaben, aber in ihrer Wirkung als "Massenvernichtungswaffen" höchst effektiv.

Opfer ist in erster Linie die Zivilbevölkerung, vor allem sind Frauen und Kinder betroffen. Durch Minenexplosionen werden Menschen von Splintern durchlöchert, Beine oder Arme abgerissen, Menschen verlieren ihr Augenlicht und im schlimmsten Fall ihr Leben. Am grausamsten sind die Kleinstminen, die als Spielzeug getarnt zu schrecklichen Verletzungen führen können: Sie zielen direkt auf die Vernichtung von Kindern. Kindliche Neugierde und Spielfreude wird in perverser Weise für Kriegszwecke mißbraucht.

Solche als Spielzeug oder Gebrauchsgegenstände getarnten Minen sind völkerrechtlich verboten.

Und:

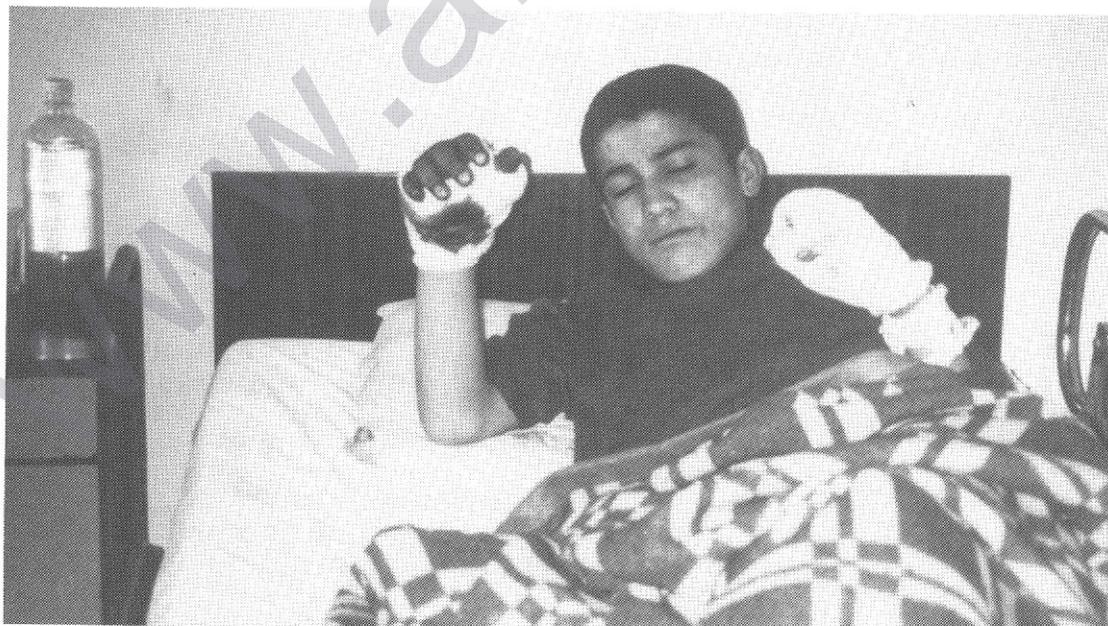
Sie verstoßen gegen Artikel 38, Abs. 1 und 4 der UN-Kinderrechtskonvention von 1989, deren Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten sichergestellt wissen will.

Die Zahl der Opfer unter den Kindern durch Minenexplosionen in Nordwest-Kurdistan steigt. In den ersten 10 Tagen des November 1993 berichtet die heute verbotene Tageszeitung "Özgür Gündem" von folgenden Fällen:

Kadir (12), Gönül (12), Mesut (8), Ayhan (6), Yusuf Gökburun (5) und Deniz Oruk (12) wurden beim Spiel mit einer Mörserbombe der türkischen Armee im Dorf Denizli in der Provinz Maras getötet. (1.11.1993)

Mehmet Cevik (10), Hasan Isik (10) und Selim Uyanmaz (8) kamen in der Nähe der Internatsschule von Cizre durch die Explosion einer Mine ums Leben. Vier weitere Kinder wurden bei derselben Detonation schwer verletzt. (9.11.1993)

Ö.Y. (10), S.Y. (8), Ö.Y. (8), C.Y. (9) und H.K. (9) starben im Dorf Hiras durch eine Minenexplosion. (10.11.1993)



Von Landmine verletzter Junge aus Sirtak (1992) im Krankenhaus in Diyarbakir

Die zunehmende Verminderung setzt der türkische Staat gezielt im Rahmen seiner systematischen Entvölkerungspolitik ein, d.h. daß eine nicht bekannte Zahl von Menschen ihre Heimat verlassen muß, da ihnen durch die Verminderung der Anbau- und Weideflächen die Lebensgrundlage entzogen wird. Minen tragen zur Erhöhung der Flüchtlingszahl bei, die in Nordwest-Kurdistan auf über 2 Millionen angestiegen ist.

Bleibt am Ende nur die Hoffnung, daß ein totales Verbot für Entwicklung, Export, Anwendung und Räumungsgebot weltweit in absehbarer Zeit erreicht wird. Angestiftet zu diesem Hoffnungs-schimmer hat folgende Notiz in der Frankfurter Rundschau vom 18. Mai 1994:

Landminen

Totales Verbot gefordert

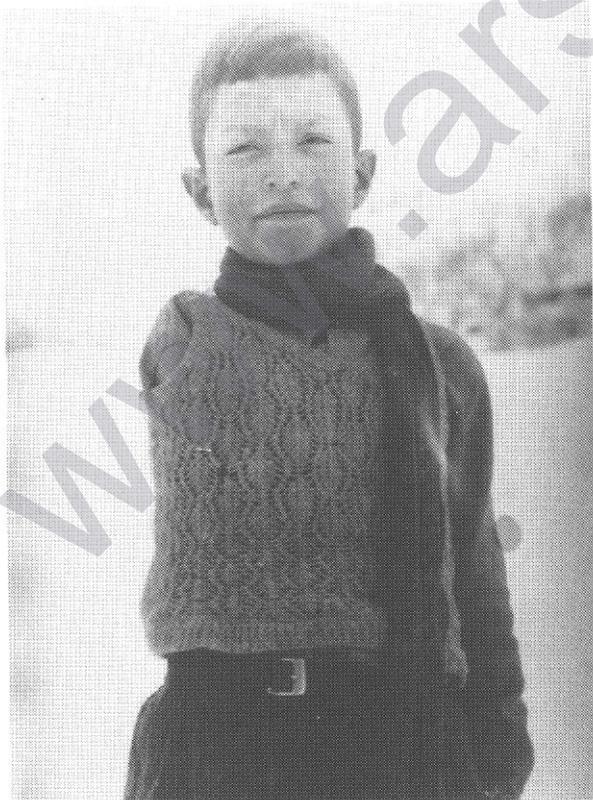
Genf, 9. Mai (epd). Ein totales Verbot von Landminen fordert ein internationales Bündnis von mehr als 60 nichtstaatlichen Organisationen und das UN-Kinderhilfswerk Unicef. Dies seien "heimtückische und grausame" Waffen, die jährlich etwa 15.000 Menschen töteten oder verstümmelten, sagten Sprecher der beteiligten Organisationen auf der internationalen Konferenz über Landminen am Montag in Genf.

Die Hälfte dieser Minenopfer kommen den Angaben zufolge aus den am schlimmsten minenverseuchten Ländern Afghanistan und Kambodscha. Das totale Verbot von Produktion, Lagerung, Handel, Export und Gebrauch der sogenannten "Anti-Personen-Minen" formulierten Robert O. Muller, Exekutivdirektor der Stiftung "Vietnam-Veteranen Amerikas". In seinem Eröffnungsvortrag würdigte er positive Zeichen bei mehreren Regierungen, wie in den USA und Deutschland, die sich für ein Exportverbot einsetzten.

Noch einmal:

Ein Exportverbot von "Anti-Personen-Minen" ist nicht ausreichend.

Es bedarf schnellsten eines weltweites Verbotes für Erforschung, Produktion, Handel, Export, Anwendung und ein Räumungsgebot aller Minentypen.



Minenopfer: Salih Özer aus dem Dorf Kavakli

Bundesweites Treffen der Menschenrechtsdelegationen am 4. Juni 1994 in Frankfurt

- Beobachtung des NEWROZ-Festes und der Kommunalwahlen 1994 in Nordwest-Kurdistan
- Auswertung und Ausschau

Anfang des Jahres 1994 formierte sich aus dem Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen, dem "HAMMER KREIS", HEVKAR e.V., der Kurdischen Gemeinde in Deutschland, medico international und dem Kurdischen Roten Halbmond ein Trägerkreis, der in Frankfurt ein Koordinationsbüro einrichtete und am 8. Februar mit dem Aufruf, anlässlich des NEWROZ-Festes und der Kommunalwahlen im März INTERNATIONALE BEOBACHTERDELEGATIONEN nach Kurdistan zu schicken, an die Öffentlichkeit trat.

Diesem Aufruf folgten über 300 Delegationsmitglieder und Menschenrechtsvertreter und -vertreterinnen aus der Bundesrepublik, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Großbritannien und der Schweiz.

Für den 4. Juni 1994 hatte das Koordinationsbüro zu einem Nachbereitungstreffen nach Frankfurt eingeladen, das auch Raum für Überlegungen bot, um interessierte Einzelpersonen, Organisationen, Parteien, Verbände und Gruppierungen in die zukünftige Menschenrechtsarbeit einzubeziehen.

Einhellig wurde festgehalten, daß die öffentliche Wirkung trotz einiger organisatorischer Mängel sehr erfolgreich war, da die Bundesregierung erneut unter erhebliche Legitimationsschwierigkeiten für ihre Waffenlieferungen an die Türkei geriet, was

aber - leider - nur zu einem kurzzeitigen Waffenlieferstopp führte.

Aus den Ermittlungsergebnissen der Beobachterdelegationen seien hier folgende zwei grundlegend wichtige Sachverhalte betont:

1. In Kurdistan geht es nicht um Menschenrechtsverletzungen, sondern in der Tendenz um die Qualität des Völkermordes. Und dies mittels einer *massiven und flächendeckenden Strategie der Dorfzerstörung* - über 1.000 Dörfer wurden in den letzten beiden Jahren dem Erdboden gleichgemacht - und *Vertreibung* - über 2 Millionen Menschen wurden zu Inlandsflüchtlingen, über 35.000 Menschen suchten seit März d.J. grenzüberschreitend in Süd-Kurdistan Schutz vor der Verfolgung durch das türkische Militär. Folter, Morde durch Todesschwadronen und der Einsatz aller Möglichkeiten militärischer, justizieller und kultureller Unterdrückung gehen damit einher. Es verdichten sich die Hinweise, daß selbst Napalm und Phosphor eingesetzt werden.

2. Die türkische Politik des tendenziellen Völkermordes wird durch den Verkauf deutscher Waffen entscheidend gefördert. Alle Delegationen haben wiederholt den Einsatz von deutschen Waffen gegen die Zivilbevölkerung Kurdistans beobachtet und dokumentiert.



Ein zerstörter Teil von Lice: 1993 (Foto: Bernward Comes)

"Konkret heißt das: An den Straßenrändern, in den besetzten Dörfern, auf den Arealen der Gendarmerie- und Militärstationen:

MAN-Truppentransporter,
Spezialeinheiten mit G-3 Gewehren der Marke Heckler & Koch,
BTR-60 (Panzer) aus deutschen NVA-Beständen,
gepanzerte Kampffahrzeuge des Typs MTW M 113,
sowie Leopard 1-Panzer.

Gesehen und fotografiert. Und das definitiv."

(in: Informationen zu Kurdistan: Zusammenstellung von Hinweisen und Zeugenaussagen zur Verwendung deutscher Waffenlieferungen für den Krieg der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk, Stand: 12.03.1994, herausgegeben von: Friedenskampagne "Kurdistan: Schweigen tötet - Frieden jetzt!", Bonn und Koordinationsbüro NEWROZ, Frankfurt)

Die etwa 150 anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Nachbereitungstreffens unterstrichen die Notwendigkeit, daß auch in Zukunft internationale Menschenrechtsbeobachter und -beobachterinnen nach Kurdistan fahren sollen. Angesichts der erschreckenden Bilanz des Krieges

in den ersten fünf Monaten 1994 (zusammengestellt vom Menschenrechtsverein, IHD) - über 400 Dörfer zerstört, 35.000 Menschen in die südkurdische Region Zaxo und Haftanin geflüchtet, 71 Menschen auf offener Straße von der Konter-Guerilla hingegriffen, 39 Menschen in der Haft verschwunden - hat das am 26. Mai in Brüssel eröffnete DEP-Büro internationale Institutionen dazu aufgerufen, durch

ständige Delegationen die Präsenz ausländischer Menschenrechtler und -rechtlerinnen zu verstärken. Dieser Vorschlag soll aufgegriffen und durch die Einbeziehung von Fachleuten wie Medizinern/Medizinerinnen, Juristen/Juristinnen, Journalisten/Journalistinnen oder Filmemachern/Filmemacherinnen ergänzt werden.

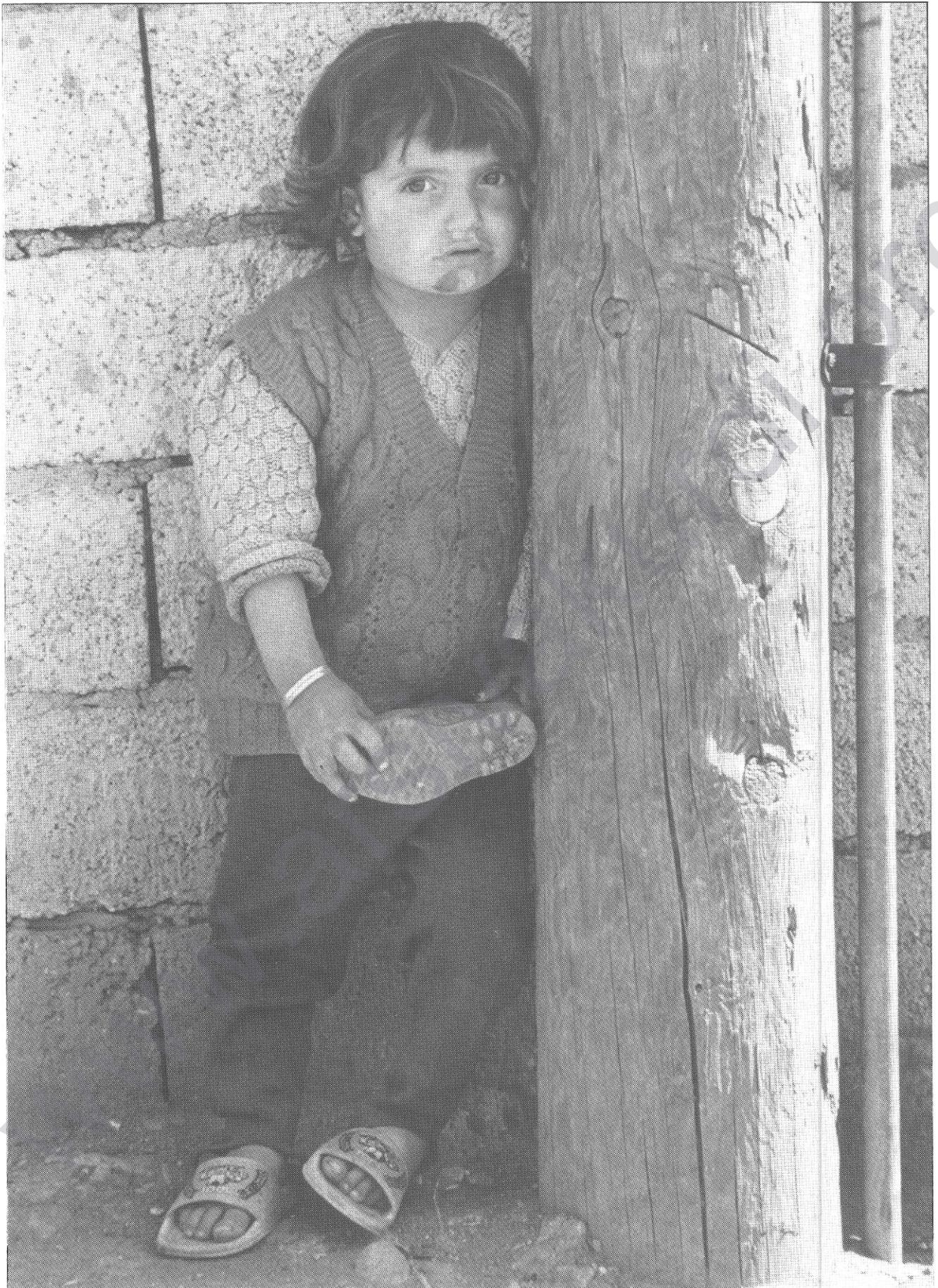
Bei den Planungsüberlegungen wurde an eine Kampagne gedacht, die nicht nur auf die Darstellung von Menschenrechtsverletzungen abhebt, sondern Lösungsbemühungen auf friedlicher und politischer Basis unterstützt.

Hans Branscheidt von medico international formulierte treffend das Leitmotiv der zukünftigen Arbeit: "Es geht nicht um die Bitte der Einhaltung von Menschenrechten, sondern ausgehend von der systematischen Vernichtung großer Teile der Bevölkerung um die Einforderung dessen, was längst überfällig ist." Damit meint er auch die Unterstützung friedlicher und politischer Lösungsbemühungen. Im Klartext heißt dies zuallererst: Der Krieg in Kurdistan muß sofort beendet werden, und zwar durch einen beiderseitigen Waffenstillstand.

HEYVA SOR A KURDISTANÊ unterstützt den Aufruf des Brüsseler DEP-Büros und ruft Ärzte, Ärztinnen und Pflegepersonal auf, sich an zukünftigen Delegationen zu beteiligen. Interessenten und Interessentinnen können sich ab sofort bei uns unter der Tel. 02644/8891 melden.



Opfer eines Helikopterbeschusses im Dorf Uludere bei Sirnak: 1992 (Foto: Thea Struchtemeier)



Flüchtlingskind in Batman: 1994 (Foto: medienagentur für menschenrechte)

Mitgliedschaft im HEYVA SOR A KURDISTANÊ

Jede Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, kann Mitglied werden. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt DM 10,-.

Ein Aufnahmeantrag mit Auszügen aus der Satzung kann bei uns bestellt werden.

Publikationen

1. **Berichte aus Kurdistan:** Sechsstufig, monatliche Erscheinungsweise. Dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Nordwest-Kurdistan. Kann gegen eine Spende zur Deckung der Kopier- und Versandkosten abonniert werden.
2. **Die Verminung Kurdistans:** Broschüre zum Preis von DM 3,- plus Portokosten.
3. Faltblatt zur **Selbstdarstellung des HEYVA SOR A KURDISTANÊ.** (kostenlos)
4. Faltblatt zum Kinderprojekt: **Hilfe für Waisen und notleidende Kinder im Krieg.** (kostenlos)
5. Vierseitiger Spendenaufruf zum Flüchtlingsprojekt **Kurdistan: Flüchtlinge im eigenen Land.** (kostenlos)

Die kostenlosen Materialien können für Veranstaltungen, Informationsstände und zur Verbreitung im Freundes- und Bekanntenkreis in größerer Stückzahl bestellt werden.

Auf Wunsch kommen wir auch gerne zu öffentlichen Veranstaltungen, um über unsere Arbeit, Projekte und die Situation in Kurdistan zu berichten.

Bitte hier abtrennen.

Ich möchte die Zeitschrift "ROJA KURDISTANÊ" abonnieren.

Jahresbezugspreis für vier Ausgaben beträgt incl. Portokosten 10,-DM.

Überweisung auf das HSK-Konto unter dem Stichwort: ROJA KURDISTANÊ-Abo.

Name, Vorname.....

Straße.....

PLZ, Ort.....

